

Beschlussfassung über den Haushalt für das Jahr 2026

Rede der PETO-Fraktionsvorsitzenden Stefanie Einheuser vom 10.02.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,
Frau Bürgermeisterin,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

seit einhundert Tagen sind der neu gewählte Stadtrat und die neue Bürgermeisterin jetzt im Amt. Einhundert Tage, in denen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Wienecke-Parteien, sich mit Zahlen des städtischen Haushalts beschäftigt haben. Die Grundlage dazu haben Sie schon im vergangenen Oktober erhalten, denn der vorliegende Haushalt wurde zusammen mit einem genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept noch zum Ende der letzten Wahlperiode vom früheren Bürgermeister eingebracht.

Die Vorhaben, die Sie in diesen einhundert Tagen entwickelt haben, das wird Sie nicht wundern, tragen wir als PETO-Fraktion nicht mit. Meine Fraktion und ich sind der Meinung, dass die neue Mehrheit die absolut falschen Weichenstellungen für Monheim am Rhein trifft. Statt Geld zu sparen, wie Sie immer wieder behaupten, wird sich die Haushaltslage durch Ihre Entscheidungen sogar noch weiter verschlechtern. Ihre Haushaltspolitik gleicht einer finanzpolitischen Geisterfahrt.

Ich will dezidiert begründen, wie ich zu dieser Einschätzung komme, doch bevor ich auf die unvernünftigen Veränderungen und Entscheidungen eingehe, die Sie am Haushalt im Einzelnen vorgenommen habe, möchte ich einige allgemeine Anmerkungen zu den ersten einhundert Tagen dieser neuen Wahlperiode machen und eine vorsichtige Zwischenbilanz ziehen.

Einhundert-Tage-Bilanz

Im Internet konnte man sich dem ausführlich inszenierten Video, das die städtische Öffentlichkeitsarbeit von den ersten einhundert Tage der Bürgermeisterin in ihrem Amt verbreitet, nicht entziehen. Schöne Bilder, liebe Frau Wienecke, mit rhythmischen Melodien unterlegt, von vielen bunten Terminen: Empfang der Sternsinger im Rathaus, Schelmenwecken in der Altstadt, Baumpflanz-Aktion im Klimawald, Empfang einer Austauschgruppe aus der türkischen Partnerstadt, eine Spielplatzeröffnung, die Eröffnung des Martinsmarkts. Alles schön und gut. Es sind Bilder, die der frühere Bürgermeister oder dessen Vorgängerinnen und Vorgänger auch produziert haben. Es sind Standardtermine, bei denen die Bürgerinnen und Bürger die Anwesenheit Ihres Bürgermeisters oder ihrer Bürgermeisterin erwarten oder zumindest schätzen. Der große Unterschied zu Ihren Vorgängerinnen und Vorgänger besteht in einem anderen Aspekt: Weder bei Ingeborg Friebe noch bei Thomas Dünchheim oder Daniel Zimmermann wäre der Rückblick auf die ersten einhundert Tage so inhaltsleer ausgefallen, wie bei Ihnen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin.

Klar, Sie berichten, dass Sie die Zeit genutzt hätten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung kennenzulernen. Meinetwegen. Machen Sie das. Das ist wichtig. Zu Ihren Aufgaben gehört aber vor allem die Übernahme inhaltlicher Verantwortung. Zu den repräsentativen Terminen können Sie notfalls auch Ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter schicken. Mich und wahrscheinlich auch viele Bürgerinnen und Bürger hätte interessiert, woran Sie in den letzten einhundert Tagen inhaltlich gearbeitet haben. Diese Information sind Sie leider schuldig geblieben. Es gibt auch keine Ausführungen darüber, was Sie jetzt eigentlich vorhaben. Das Video endet mit Ihrer Aussage, ich zitierte: „Es geht natürlich darum, den Bürgerinnen und Bürgern einen Ausblick [...], eine Vision zu geben, was [...] in den nächsten zwei, drei Jahren noch gestaltet werden [soll].“ Aha. Ich frage Sie, nachdem ich das Video auf Instagram gesehen habe: Was soll denn in den nächsten zwei, drei Jahren gestaltet werden? Haben Sie dazu schon Ideen oder sind Sie noch auf der Suche? Es wäre wahrscheinlich für uns alle interessant gewesen, das zu erfahren. Noch ehrlicher wäre es natürlich gewesen, wenn Sie diese Frage bereits vor der Kommunalwahl beantwortet hätten.

Vielleicht ist Ihr Video aber auch einfach ehrlich, und Sie wissen noch gar nicht, was Sie in den nächsten Jahren gestalten wollen. Das wäre dann tatsächlich symptomatisch für die Arbeit der Wienecke-Parteien insgesamt. Ihr Wirken richtet sich im Moment ja allein darauf, wie Sie Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen wurden, rückgängig machen können. Eigene Impulse oder eigene Projekte, überhaupt eine konstruktive Politik, die auf eigene Inhalte setzt, sind dabei nicht zu erkennen.

Ich glaube nicht, dass es das ist, was die Stadt in der aktuellen Situation braucht, und es ist auch nicht das, was die Bürgerinnen und Bürger in Monheim am Rhein wollen. Ja, die Wählerinnen und Wähler haben mit Ihrer Stimmabgabe gezeigt, dass sie in der derzeitigen Wirtschaftslage das Tempo verlangsamen möchten. Deshalb haben Sie PETO zwar zur stärksten Kraft gemacht, aber nicht mehr wie in den vorigen Wahlperioden mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet. Ich habe viele Bürgerinnen und Bürger gesprochen, die sich gewünscht haben, dass die PETO-Fraktion zukünftig mit einem Partner, sei es die CDU, seien es die Grünen oder die SPD regiert. Was bisher allerdings niemand wollte, mit dem oder mit der ich gesprochen habe, ist Stillstand, geschweige denn Rückschritt. Und es wollte bestimmt auch niemand, dass die Unvernunft ins Rathaus einzieht.

Das ist indes leider geschehen. Und damit komme ich zum Haushalt.

Ich möchte an zehn Beispielen deutlich machen, warum der Haushalt eine – wie schon erwähnt – finanzpolitische Geisterfahrt darstellt.

Unsinnige Sparliste

Dazu muss ich erstens auf die vorgelegte Sparliste mit der Überschrift „Ergänzungen zum Haushaltsplanentwurf 2026 der Verwaltung“ eingehen.

Mehrere Bereichsleitungen haben mir bestätigt, dass die Bürgermeisterin die Bereiche

und Abteilung der Stadtverwaltung um die Auflistung aller denkbaren bzw. rechtlich zulässigen Einsparmöglichkeiten gebeten hat. Dabei sollten ausdrücklich auch Maßnahmen aufgenommen werden, die aus Sicht der betroffenen Bereiche nicht sinnvoll erscheinen. Die Bereiche sind im Glauben gelassen worden, dass die erstellten Listen verwaltungsintern noch beraten würden. Das hat dann jedoch nicht mehr stattgefunden. Die Bürgermeisterin hat die Maßnahmensammlung ohne jegliche Abstimmung oder weitere Rücksprachen mit der Verwaltung an den Rat weitergereicht. Auch eine Beratung im Verwaltungsvorstand hat es nicht gegeben. Das ist nebenbei bemerkt ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung. Dort heißt es nämlich in § 70 Abs. 3: „Die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes sind verpflichtet, sich im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung gegenseitig zu unterrichten und zu beraten.“ Als Mitglied des Verwaltungsvorstands gilt diese Vorschrift auch für die Bürgermeisterin. Tatsächlich aber haben Sie die vorgegebene interne Beratung bewusst vereitelt und damit die von der Gemeindeordnung gewollte „Einheitlichkeit der Verwaltungsführung“ verhindert.

So, Frau Wienecke, organisiert man keine Arbeitsaufträge. Mit Ihrem Vorgehen haben Sie nicht nur Ihre eigene Verwaltung vor den Kopf gestoßen, sondern Sie haben auch die Haushaltsplanberatungen für die Politik zu einem Verwirrspiel gemacht. Ihre Liste wirkte, als hätten Sie sich nicht einmal die Mühe gemacht, die Vorschläge Ihrer Verwaltung zu lesen. Ich kann mir sonst nicht erklären, warum Sie insbesondere die Grünen-Fraktion als Mitglied Ihres eigenen Ratsbündnis mit einer Abschaffung des Klimaschutzmanagements, einem Aussetzen der Düngung sowie dem Verzicht auf Ersatzpflanzungen von Stadtbäumen düpiert haben. Genauso unerklärlich ist Ihr Vorschlag, dass Sie die internationalen Klassen zur besseren Integration von Flüchtlingskindern abschaffen wollten. Es ist also kein Wunder, dass Ihre eigenen Wienecke-Parteien während der Haushaltsplanberatungen Sparvorschläge in Höhe von insgesamt 312.000 Euro wieder von der durch die Bürgermeisterin vorgelegten Liste streichen musste.

Als Bürgermeisterin ist es Ihre Aufgabe, den Informationsfluss zwischen Rat und Verwaltung zu organisieren. Dieser Aufgabe sind Sie nicht nachgekommen. Im Gegenteil: Die Entstehung und der Zweck der gesammelten Sparvorschläge waren aufgrund Ihrer schlechten internen und externen Kommunikation sowohl für die Politik als auch für die Verwaltung maximal intransparent.

Die Liste ist auch inhaltlich eine Farce. Ich will Ihnen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, nicht zumuten, auf alle weiteren Sparvorschläge im Einzelnen einzugehen. Das haben wir in den Fachausschüssen getan. Ich konzentriere mich lediglich auf einige Highlights, die die Unzulänglichkeit der Tabelle illustrieren.

Da wären zunächst einmal die Vorschläge, die gar keine Einsparung darstellen, weil sie zu Mehrkosten oder Mindereinnahmen an anderer Stelle führen. Wenn die Wirtschaftsförderung oder die Abteilung Interkulturalität zum Beispiel auf eine

Fortsetzung der städtischen Buswerbung verzichten sollen, dann werden den Bahnen der Stadt Monheim dafür demnächst die Einnahmen fehlen. Das Gleiche gilt für die Miete, die die Kulturwerke ab sofort für die Nutzung der Aula zahlen sollen. Diese Mieteinnahmen für die Stadt werden sich eins zu eins in einem höheren Fehlbetrag der Kulturwerke niederschlagen, der dann wiederum durch die Stadt auszugleichen ist. Die Einsparung ist im Ergebnis gleich Null.

Die Liste enthält darüber hinaus eine ganze Reihe von Positionen, die sich so oder so ergeben hätten. Auch hierbei handelt es sich um keine echten Sparvorschläge. Das betrifft zum Beispiel die Verringerung für die Securitykosten der Flüchtlingscontainer an der Krischerstraße. Nachdem die Zahlen der Geflüchteten deutlich gesunken waren, haben wir den Abbau der Anlage noch zum Ende der letzten Wahlperiode beschlossen. Die Haushaltsansätze für die Security werden damit so oder so nicht mehr benötigt.

Dasselbe gilt für den Wegfall des Zuschusses an die Große Monheimer Karnevalsgesellschaft für den Aufbau des Karnevalszelts. Seit diesem Jahr kann in der neuen Kulturraffinerie K714 gefeiert werden. Der Zuschuss zum Zelt wird nicht mehr benötigt.

Und auch wenn das Sojus seine Einnahmeerwartung nach oben schraubt, weil es erfreulich viele Drittnutzungen des neuen soziokulturellen Zentrums gibt, ist das keine Sparleistung der Wienecke-Parteien, sondern ein Effekt, der so oder so eingetreten wäre.

Übrig bleiben auf Ihrer Liste massive Einsparungen in der Wirtschaftsförderung, bei den städtischen Kultureinrichtungen und im Kitabereich. Die bisher erzielten Erfolge der Stadt werden in allen drei Themenfeldern in Frage gestellt. Allein bei den Kitas wollen Sie 1,7 Mio. Euro streichen. In der Wirtschaftsförderung sind es weitere 800.000 Euro. Das ist ein schwerer Einschnitt, den wir für unvernünftig halten, zumal er sie dem Haushaltsausgleich keinen Schritt näherbringt.

Die Sparliste der Wienecke-Parteien bewirkt unter Einbezug aller sowieso zu erwartenden Verbesserungen und mit Abzug der wieder zurückgenommenen Maßnahmen gerade mal eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 4,5 Mio. Euro. Diese Einsparungen werden nur unter Inkaufnahme erheblicher Risiken für die Arbeit der Stadt erreicht. Wir dagegen haben wir in der letzten Wahlperiode mit der Verabschiedung eines ambitionierten Haushaltssicherungskonzepts die zukünftigen Haushalte um 40 Mio. Euro pro Jahr entlastet und das auf eine vernünftige und für alle Bürgerinnen und Bürger vertretbaren Art und Weise. Von dem zu Zeiten der absoluten PETO-Mehrheit aufgelegten Sparprogramm profitieren Sie heute ganz maßgeblich. Die Einsparungen, die Sie selbst nun zusätzlich erzielen wollen, leisten hingegen keinen relevanten Beitrag mehr und werden im Übrigen auch durch die Mehrkosten, die Sie an anderen Stellen verursachen, aufgezehrt. Wir lehnen die Sparliste daher ab.

Kurzsichtiger Stopp für das Blaue Band

Die Mehrkosten, die Sie an anderen Stellen verursachen, bringen mich zum zweiten Grund, warum Sie sich auf eine finanzpolitische Geisterfahrt begeben.

In der letzten Ratssitzung haben die Wienecke-Parteien die Entscheidung getroffen, den bereits beschlossenen und mit der Künstlerin vertraglich vereinbarten Bau des so genannten Blauen Bands im Berliner Viertel zu stoppen.

Ich halte das nicht nur im Hinblick auf die Gleichberechtigung des Berliner Viertels für eine fragwürdige Entscheidung. Der verordnete Baustopp kostet die Stadt auch noch 1,5 Mio. Euro. Diese Planungskosten und die darin enthaltenen verlorenen Honorarkosten für die Künstlerin sind nämlich mit dem nächsten Jahresabschluss abzuschreiben und verschlechtern dadurch das Haushaltsergebnis.

Hätte man das Blaue Band wie beschlossen gebaut, hätte man dadurch nicht nur eine bedeutende Aufwertung für das Berliner Viertel erreichen können, sondern man hätte auch einen dauerhaften bilanziellen Wert geschaffen. Kunstwerke unterliegen nämlich keiner Abschreibung. Sie bleiben in der Bilanz zum Anschaffungswert erhalten. Durch Ihre unüberlegte und kurzsichtige Entscheidung, den Bau zu stoppen, ist ein Schaden von 1,5 Mio. Euro entstanden. Diese Ausgabe hat keinen Gegenwert. Das Geld ist einfach weg.

Da hilft es auch nicht, den früheren Bürgermeister dafür anzuklagen, dass er in den letzten Tagen seiner Amtszeit noch einen Vertrag mit der Künstlerin unterzeichnet hat. Zum Einen gab es zum damaligen Zeitpunkt die klare Beschlusslage, das Blaue Band zu bauen, und zum Anderen war der Honoraranspruch der Künstlerin zu diesem Zeitpunkt bereits entstanden, denn die Künstlerin hatte im Vertrauen auf den gefassten Ratsbeschluss alle von ihr zu erledigenden, vorbereitenden künstlerischen Arbeiten bereits erbracht. Damit ist auch das Honorar in voller Höhe fällig gewesen. Durch den vom früheren Bürgermeister geschlossenen Vertrag wurde der dem Grunde nach bereits entstandene Honoraranspruch der Künstlerin lediglich verschriftlicht. Daniel Zimmermann hat uns allen das unwürdige Schauspiel erspart, dass die neue Mehrheit versucht hätte, die Honorarforderungen der Künstlerin ins Leere laufen zu lassen. Durch einen Rechtsstreit über diese Frage, den die Stadt mit Sicherheit verloren hätte, hätten sich die Kosten für die Stadt nur noch vergrößert.

Den entstandenen Schaden in Höhe von 1,5 Mio. Euro verantwortet also allein die neue Ratsmehrheit mit ihrer Entscheidung, das Blaue Band nicht zu bauen. Meine Fraktion und ich bedauern diese Entscheidung. Wir halten sie wirtschaftlich und sachlich für falsch.

Verlust durch Ausstieg aus der Marienburg-Gesellschaft und ungewisse Zukunft für den Skatepark

Ein ähnliches Szenario droht auch in Bezug auf die bereits entstandenen Kosten zum Bau des Marienhofs sowie für die Planung des neuen Skateparks am Kielsgraben. Ich sehe hierin das dritte Beispiel für ihre finanzpolitische Geisterfahrt.

Der von der neuen Mehrheit vorgetriebene Ausstieg aus der Marienburg-Betriebs GmbH und das damit verbundene Aus für den geplanten Bauernhof werden wahrscheinlich außerordentliche Abschreibungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro erforderlich machen. Das sind die bereits entstandenen vorbereitenden Kosten für die Stallungen und die geplanten Gebäude.

Würden Sie hingegen dafür sorgen, dass die Bauernhofgebäude wie geplant gebaut würden, käme es nicht zu dieser Abschreibung. Die Pachtzahlungen des Marienhofs würden die Investitionskosten langfristig refinanzieren, sodass der städtische Haushalt überhaupt nicht belastet wäre. Der von Ihnen vorangetriebene Ausstieg, gefährdet Arbeitsplätze rund um die Marienburg, stellt das ökologisch und ernährungswissenschaftlich vorbildliche Bauernhofprojekt in Frage und kostet die Stadt 2,5 Mio. Euro, für die es keinen Gegenwert gibt. Das ist haushaltspolitisch unvernünftig und schadet der Stadt.

Beim Skatepark reden wir über weitere 1,5 Mio. Euro, die als abzuschreibenden Schaden auf den städtischen Haushalt zukommen, wenn Sie nicht bald die Fortführung des Bauprojekts freigeben.

Ich kritisiere in diesem Zusammenhang vor allem die Verknüpfung der Bauentscheidung an eine mögliche Olympiabewerbung. Die ganze Diskussion beruht ja auf dem Missverständnis, dass der neue Skatepark nur für die Olympischen Spiele nötig wäre. Das ist falsch. Wir wollten den Skatepark immer schon zuallererst für die Kids und alle jungen Menschen in Monheim am Rhein und der näheren Umgebung bauen. Die Logik daran funktioniert genau andersherum: Wenn man schon einen großen Skatepark baut, dann sollte man dieses Areal gleich auch so gestalten, dass es wettkampftauglich ist. Das machen wir im Übrigen mit jedem Fußball- oder Tennisplatz so. Auch die Fußball- und Tennisplätze im Stadtgebiet entsprechen den Abmessungen, wie sie bei olympischen oder nicht olympischen Wettbewerben benötigt werden.

Wenn man den Rollsport für überflüssiges Geklappere mit Skateboards hält, dann ist die Anlage sicher verzichtbar. Wenn man aber den Bedarf ernstnimmt, den viele Kinder und Jugendliche haben, die schnell aus der Nutzung der Anlage am Landschaftspark Rheinbogen herausgewachsen sind und wenn man auch die Arbeit anerkennt, die der Rollkultur-Verein in den letzten Jahren zur Förderung der Skatesportarten geleistet hat, dann entspricht die geplante Anlage genau dem, was wir vor Ort brauchen. Wir haben die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer von Anfang an an der Planung beteiligt.

Die neue Ratsmehrheit hat die Anlage immer schon als überflüssig und übertrieben dargestellt, was falsch und polemisch war. Den geplanten Bürgerentscheid am 19. April sehen wir deshalb vor allem als eine Abstimmung über den Bau des Skateparks an. Wir

hoffen, dass eine Mehrheit sich für die Anlage ausspricht und der Stadtrat, das Bauprojekt dann endlich fortsetzt.

Respektloser Umgang mit Reiner Michalke und Mischa Kuball

Ich komme zum vierten Indikator für Ihre haushaltspolitische Geisterfahrt. Die Art und Weise, wie Bürgermeisterin unterstützt durch die neue Ratsmehrheit mit Reiner Michalke und Mischa Kuball umgeht, ist nicht nur finanziell unvernünftig, sondern auch menschlich ehrlos.

Als Intendant der Monheim Triennale hat Reiner Michalke einen gültigen Vertrag bis 2029. Er wurde von der Stadt mit der Durchführung von drei Triennale-Zyklen beauftragt. Das hat der Stadtrat in der vorletzten Wahlperiode auch mit den Stimmen der damaligen Oppositionsfraktionen einstimmig beschlossen.

In der Folge haben bereits zwei sehr erfolgreiche Zyklen der Monheim Triennale stattgefunden. Das Festival hat regional, national und international sowohl beim Publikum als auch bei den beteiligten Künstlerinnen und Künstlern sowie in der Fachpresse hohe Anerkennung erfahren. Es ist gelungen, ein Festival auf höchstem künstlerischem Niveau und mit internationaler Strahlkraft zu entwickeln, das gleichzeitig eng an die Monheimer Stadtgesellschaft und die kulturelle Bildung angebunden ist. Zuletzt hat der renommierte finnische Dokumentarfilmer Mika Kaurismäki mit „Every Note You Play“ ein genauso einfühlsames wie informatives Portrait der Triennale gezeichnet. Der Film lief in vielen deutschen Programmkinos und ist ein wichtiger Werbeträger für die Idee und Qualität des Festivals geworden. In ihrer Ausrichtung und Umsetzung hat die Triennale die in sie gesetzten Erwartungen weit übererfüllt. Sie ist in ihrer Einzigartigkeit zu einem glaubwürdigen und unverzichtbaren Aushängeschild der Monheimer Kulturpolitik geworden.

Zu unserer Überraschung hat die Bürgermeisterin in der Aufsichtsratssitzung der Monheimer Kulturwerke im Dezember vermutlich auf Wunsch der CDU-Fraktion eine Vorlage zur Kündigung des Intendanten eingebracht. Über diese Vorlage war unseres Wissens weder der Geschäftsführer der Kulturwerke noch der Geschäftsführer der Musikfestival GmbH informiert. Sie ist mit den Stimmen der Bürgermeisterin, der CDU, der SPD und der AfD im Aufsichtsrat beschlossen worden. Eine öffentliche Diskussion im Stadtrat oder in einem seiner Ausschüsse hat nicht stattgefunden. Vielmehr ist von der Bürgermeisterin in Zusammenarbeit mit den sie unterstützenden Parteien das Ende der Triennale in einer völlig intransparenten Hinterzimmer-Entscheidung eingeläutet worden.

Das ist nicht nur ein offensichtlicher Widerspruch zu den vor der Wahl abgegebenen Versprechen im Hinblick auf Transparenz und Zusammenarbeit, es ist auch unredlich gegenüber dem Intendanten selbst. Einen verdienten Mitarbeiter ausschließlich durch die Sitzungsunterlagen von seiner bevorstehenden Kündigung erfahren zu lassen, das ist einfach grob unanständig.

Es passt aber zum Umgang, den auch der angesehene Künstler Mischa Kuball zurzeit erfährt.

Obwohl es einen Vertrag gibt, der die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Künstler verbindlich regelt, darf Mischa Kuball im Moment nicht tätig werden. Die Bürgermeisterin hat der Kunstschule untersagt, mit Mischa Kuball zusammenzuarbeiten.

Ich habe die Diskussion in den Ausschüssen bisher so verstanden, dass die neue Ratsmehrheit den Vertrag zum Oktober 2026 kündigen möchte. Das fände ich zwar schade, aber es wäre politisch gesehen, ihr gutes Recht, das so zu entscheiden. Tatsächlich versucht die Bürgermeisterin aber schon vorher die Ausführung des Vertrags zu vereiteln. Das absurde Theater gipfelte in diesen Tagen darin, dass die Bürgermeisterin Herrn Kuball ein Schreiben der Kulturverwaltung senden ließ, in dem die Stadt explizit erklärt, dass sie keine Rechnungen für die Tätigkeit des Künstlers bezahlen werde. Das ist ein klarer Vertragsbruch und es wirft ein schlechtes Licht auf die Rechtmäßigkeit des städtischen Handelns.

Glauben Sie eigentlich, jemand wie Mischa Kuball hätte es nötig, für die Stadt Monheim am Rhein zu arbeiten? Es ist doch ein großer Erfolg, dass es uns gelungen ist, ihn für die Kunstwerkstatt zu gewinnen.

Michalke und Kuball – das sind zwei Personalien mit Haushaltsbezug. Die Honorare müssen gezahlt werden, aber die Bürgermeisterin verhindert, dass die beiden ihre Arbeit erledigen können. Hierin liegt die eigentliche Geldverschwendung, nicht darin, dass beide beauftragt wurden, für die Stadt tätig zu werden.

Ich sehe mich gezwungen, an dieser Stelle den Umgang der Bürgermeisterin mit weiteren Beschäftigten anzusprechen: Dr. Lisa Pientak, deren Vorzimmerdame und verschiedene Führungskräfte, deren Namen ich hier nicht nennen kann, und weitere Bedienstete der Stadtverwaltung erleben gerade die unfaire und ungeschönte Realität, die sich hinter den Floskeln von Transparenz und Zusammenarbeit verbirgt. In nur einhundert Tagen hat Frau Wienecke es geschafft, eine zielorientierte und hochkompetente Stadtverwaltung in ein dysfunktionales, von Unsicherheit und Misstrauen geprägtes System zu verwandeln.

Erste Beigeordnete

Das trifft vor allem die Erste Beigeordnete. Von Beginn an umgeht die Bürgermeisterin sie, indem sie Mitarbeitenden in den Zuständigkeitsbereichen der Ersten Beigeordneten unmittelbare Anweisungen erteilt - ohne sich vorher mit ihr abzustimmen oder sie im Nachgang zu informieren. Natürlich ist die Bürgermeisterin die Chefin der Verwaltung, aber auch für sie gelten Regeln. Als gelernte Verwaltungsfrau sollten Sie, Frau Wienecke, den Dienstweg und die Kompetenzabgrenzung zwischen einer Bürgermeisterin und ihren Beigeordneten kennen. Die Tatsache, dass Sie sich anders verhalten, legt den

Schluss nahe, dass das Ihr Vorgehen System hat. Das Prekäre an der Situation ist: Die gerade erst ins Amt gekommene Bürgermeisterin kennt weder bereichsübergreifende Zusammenhänge, die Historie, vorangegangene Entscheidungen noch die Beschlusslage im Stadtrat.

So veranlasste die Bürgermeisterin an ihrem ersten Arbeitstag die Öffnung einer Zuwegung zum Greisbachsee für den dortigen Privateigentümer. Das geschah in völliger Unkenntnis von zwei zugunsten der Stadt ergangenen gerichtlichen Entscheidungen und es untergräbt die Verhandlungsposition der Stadt in einem weiteren laufenden Verfahren. Der Gefallen, den Frau Wienecke einem treuen Wahlkampfhelfer schuldig war, scheint in diesem Fall schwerer zu wiegen als die drohenden rechtlichen und monetären Folgen für die Stadt.

Ein weiteres Beispiel ist für die gestörte Zusammenarbeit zwischen der Bürgermeisterin und der Ersten Beigeordneten ist, dass die Bürgermeisterin die Stadtverwaltung ohne jede Rücksprache anwies, die Polleranlage in der Altstadt außer Betrieb zu setzen. Was sie nicht wusste: Die Stadt ist auf Grund des damaligen Ratsbeschlusses über die Einrichtung der Fußgängerzone zum Betrieb der Poller verpflichtet gewesen.

In der Stadtverwaltung führte das unabgestimmte Verhalten der Bürgermeisterin zu erheblichen Unsicherheiten. Weil die Bürgermeisterin trotz eines persönlichen Gesprächs über die genannten und weitere Vorfälle ihr Verhalten nicht änderte, musste die Beigeordnete die Beschäftigten in ihren Zuständigkeitsbereichen per E-Mail über die Rechtslage aufklären und darum bitten, sie als Beigeordnete wenigstens informiert zu halten.

Die Bürgermeisterin verwies danach, wie Sie in der Rheinischen Post nachlesen konnten, auf ihre Kompetenz, Angelegenheiten an sich zu ziehen. Was sie an dieser Stelle unterschlug: Dies setzt voraus, dass die Bürgermeisterin die Aufgabenerfüllung in ihre Geschäftsbereiche übernimmt und durch ihre Mitarbeitenden erledigen lässt. Weisungen an Beigeordneten vorbei an deren Mitarbeitende kennt die Gemeindeordnung nicht. Die Beigeordnete hat dies den Mitarbeitenden in ihren Zuständigkeitsbereichen erneut mitgeteilt. Daraufhin wird es unappetitlich.

Am folgenden Tag teilte die Bürgermeisterin der Sekretärin der Beigeordneten mit, dass sie zukünftig woanders einen Schreibtisch haben werden. Wo? Ungeklärt. Wie die Sekretariatsarbeit aus der Distanz funktionieren solle? Der Bürgermeisterin gleichgültig. Während des Urlaubs der Sekretärin verlegte die Bürgermeisterin deren Arbeitsplatz einfach auf eine andere Etage in einen anderen Flügel des Rathauses. Im Vorzimmer der Beigeordneten sitzen nun zwei unmittelbar der Bürgermeisterin zuarbeitenden Beschäftigte.

Auch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen weigerte sich die Bürgermeisterin, mit der Beigeordneten zusammenzuarbeiten. So wurden die Investitionsprojekte, die seitens der Bürgermeisterin und der sie tragenden Parteien zur Diskussion gestellt

werden sollten, ausschließlich in der Kämmerei platziert. Diese fragte in dem für den Hochbau zuständigen Bereich den Stand der verbrauchten Mittel ab. Eine Information der Beigeordneten über die auf dem Prüfstand stehenden Bauvorhaben erfolgte nicht. Dementsprechend war eine Koordination über die verschiedenen Bereiche nicht möglich. Deshalb wurde der potenzielle Verlust von Fördermitteln in Höhe von 60 Prozent nicht in den Verwaltungsvorlagen dargestellt.

Umgang mit weiteren Führungskräften

Es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis vor allem die fähigsten Mitarbeitenden die Stadtverwaltung verlassen.

Der am besten qualifizierte Bewerber für die Jugendamtsleitung ist von der Bürgermeisterin nicht in die engere Wahl genommen worden. Und auch mit dem Zweitplatzierten ist vier Monate nach Durchführung der Auswahlgespräche immer noch kein Arbeitsvertrag zustande gekommen. Sie haben das Verfahren für die Stellenbesetzung komplett vor die Wand gefahren. Die Stelle wird noch einmal neu ausgeschrieben werden müssen, was bislang aber auch noch nicht geschehen ist.

Thema Nummer eins unter den Führungskräften sind verschiedene Aussagen der Bürgermeisterin auf einer Führungskräfteveranstaltung der Stadtverwaltung, mit der die Bürgermeisterin eigentlich sämtliches zwischenmenschliche Startguthaben zum Beginn ihrer Amtszeit aufgebracht hat. Sie waren, wie man hört, trotz mehrmaliger Nachfragen nicht in der Lage zu erklären, was Ihre Ziele sind. Und Sie sagten sinngemäß, dass Jeder der sich nicht fügt, mit einer Kündigung rechnen müsse.

Größer könnte der Kontrast zur Amtsführung des früheren Bürgermeisters nicht sein. Ging es früher um Ziele und Fachlichkeit, stehen jetzt Folgsamkeit und politische Vorgaben an erster Stelle.

Wir haben als PETO immer auch Beschäftigte in der Stadtverwaltung gefördert und respektiert, wenn Sie anderen Parteien angehörten. Das gilt für den früheren Ersten Beigeordneten, der sich privat in der FDP engagiert hat, für verschiedene Bereichsleitungen, die der CDU oder der SPD angehörten und für sämtliche Mitarbeitenden, die auch schon vor Daniel Zimmermanns Amtszeit in den Geschäftsführungen der städtischen Töchter oder bei der Stadtverwaltung beschäftigt waren. Wir haben diesen Leuten vertraut und sind damit nie enttäuscht worden.

Ich kann Ihnen nur dringend raten, zu dieser Kultur der Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung zurückzukehren. Ansonsten werden Sie viele gute Beschäftigte verlieren.

Zusätzliche Stellen im Umfeld der Bürgermeisterin

Doch zurück zum Haushalt. Ich schulde Ihnen noch die Argumente fünf bis zehn für die haushaltspolitische Geisterfahrt der neuen Ratsmehrheit.

Dazu will ich fünftens die von der neuen Mehrheit getroffenen Personalentscheidungen ansprechen. Über den schlechten Umgang mit der Ersten Beigeordneten habe ich schon berichtet. Hätten Sie deren Angebot angenommen, auch mit der neuen Bürgermeisterin und den sie unterstützenden Parteien vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, dann wäre die Einrichtung einer zusätzlichen Beigeordnetenstelle nicht nötig gewesen.

Dafür hätte die neue Bürgermeisterin dann allerdings auch bereit sein müssen, eine bestimmte Zuständigkeit im Verwaltungsvorstand selbst zu übernehmen, so wie es in den letzten 26 Jahren ihre beiden Amtsvorgänger getan haben.

Wir haben Ihnen schon im November vorgerechnet, dass das zusätzliche Personal, das die Bürgermeisterin in ihrem direkten Umfeld installieren will oder schon installiert hat, pro Jahr 220.000 Euro kostet. Das ist ein eklatanter Widerspruch zu den Sparzielen der Wienecke-Parteien.

Sie schaffen ohne Not eine zusätzliche Beigeordnetenstelle, haben einen persönlichen Referenten für die Bürgermeisterin eingestellt und die Stellenanteile im Vorstandsbüro um eine halbe Stelle erweitert.

In der Novembersitzung hat die Bürgermeisterin noch behauptet, die Stellenanteile für das Vorstandsbüro und ihren Referenten seien im Stellenplan bereits vorhanden. Das war, wie wir jetzt wissen, eine Lüge. Tatsächlich sind beide Stellen im vorliegenden Stellenplan nachträglich neu eingerichtet worden. Unsere Rechnung, dass die Zusatzkosten dieser Personalpolitik für die laufende Wahlperiode bei über 1 Mio. Euro liegen, hat sich damit bestätigt. Auch so, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kommen Sie dem Haushaltsausgleich keinen Schritt näher.

Verzicht auf Förderung

Sechstens: Durch die Streichung des Neubaus für das Stadtarchiv und das Altstadt-Kino verzichten Sie auf Fördermittel in Millionenhöhe, die wir in der letzten Wahlperiode bereits eingeworben hatten. Das integrierte Handlungskonzept, das eine Grundlage für die Antragstellung auf Förderung darstellt, ist damals in öffentlicher Sitzung beschlossen worden. In der Diskussion um die Bauprojekte erschien es so, als würden Sie diese Förderkulisse überhaupt nicht kennen. Schade. Die Stadt hätte diese Fördermittel, die immerhin 60 Prozent der förderfähigen Kosten betragen, gut gebrauchen können. Für das Altstadt-Kino habe ich wenig Hoffnung, aber vielleicht gibt es für das Stadtarchiv ja noch eine Chance, wenn die Verwaltung Ihnen im nächsten Sitzungslauf darlegt, dass die in der letzten Wahlperiode beschlossene Planung die beste Option darstellt.

Abschaffung der Grundsteuer C ist Klientelpolitik

Mit dem siebten Grund, warum ich Ihre Haushaltspolitik für fehlgeleitet halte, komme ich zur Abschaffung der Grundsteuer C. Damit betreiben Sie reine Klientelpolitik zum

Wohl eines guten Dutzends Wohlhabender, die ihre Baugrundstücke ungenutzt liegen lassen. Sie verzichten damit auf Steuereinnahmen in Höhe von 500.000 Euro pro Jahr.

Ich finde diese Entscheidung für Monheim am Rhein unverständlich. Sie ist aber auch dann nicht nachvollziehbar, wenn man sich überlegt, wie die Grundsteuer C überhaupt entstanden ist. Insbesondere die SPD und die Grünen haben sich auf Bundesebene für die Grundsteuer C eingesetzt. Ausgearbeitet hat das Modell Olaf Scholz als damaliger Bundesfinanzminister, schließlich hat dann im Rahmen der großen Koalition auch die CDU dem Konzept zugestimmt. Es erscheint eigenartig, wenn genau diese drei genannten Parteien, die auf Bundesebene für die Grundsteuer C sind, sie auf kommunaler Ebene wieder abschaffen. Es passt nicht zu den Zielen der Stadt, ungenutzte Baugrundstücke zu mobilisieren und es passt auch nicht zur aktuellen Haushaltslage.

Haben Sie eigentlich mal nachgerechnet, dass die Kürzungen bei den Interrail-Pässen, in der Musikschule, der Kunstschule, im Ulla-Hahn-Haus, die Streichungen im Sojus 7 und hier insbesondere in der ehrenamtlichen Programm kino-Gruppe, die Absenkung der Heiztemperaturen in städtischen Gebäuden, der Verzicht auf das zweite Weihnachtsmarktwochenende, die Einstellung der für den Einzelhandel so erfolgreichen Punschpunkteaktion – das all das nicht nötig gewesen wäre, wenn Sie die Grundsteuer C einfach so gelassen hätten, wie sie vom letzten Stadtrat beschlossen worden ist?

Ich kann nicht verstehen, warum Sie für den Vorteil einiger weniger Grundstücksbesitzer die Interessen der Allgemeinheit hintenanstellen. Das ist, ja, ich sage es noch einmal, Klientelpolitik.

Grundsteuer B

Sie könnten sogar die Grundsteuer für alle um mindestens 30 Punkte senken, wenn Sie die Grundsteuer C beibehalten würden. Und das bringt mich zu Punkt acht: dem gebrochenen Wahlversprechen. Sie haben ein Jahr lang gegen die Grundsteuer B getrommelt, haben gemeinsam mit Haus und Grund und dem Mieterbund Kundgebungen vor dem Rathaus organisiert. Die SPD hat Plakate aufgehängt: „Grundsteuer? Kannst du abwählen?“ – Und jetzt? Nun, da sie eine Mehrheit haben, um diese Forderung umzusetzen, machen Sie es einfach nicht.

Ich kann mich darüber sehr empören, weil sich damit Ihre gesamte Wahlkampf rhetorik als das entlarvt, was sie tatsächlich war: hohles Gerede. Nein, die Haushaltslage ist nicht schlechter, als Sie dachten. Alle Zahlen waren auch schon vor der Wahl bekannt. Sie hätten von Anfang an wissen müssen, dass eine Erhöhung der Grundsteuer nach dem Rückgang der Gewerbesteuer einnahmen unumgänglich war.

Sie konnten aber der billigen Versuchung nicht widerstehen, dieses Thema vor der Wahl immer und immer wieder für Ihre Zwecke zu benutzen. Nur jetzt, nach der Wahl, suchen

Sie fadenscheinige Vorwände, um das gegebene Versprechen nicht erfüllen zu müssen. So, meine sehr geehrten Damen und Herren, schafft man Politikverdrossenheit.

Selbst auch, wenn es unvernünftig gewesen wäre, die Grundsteuererhöhung ganz zurückzudrehen, den Spielraum für eine moderate Senkung der Grundsteuer haben Sie gerade verzockt, indem Sie die städtischen Finanzen voraussichtlich mit 5,5 Mio. Euro Sonderabschreibungen für das Blaue Band, den Marienhof und den Skatepark belasten, 220.000 Euro für das zusätzliche Personal für die Bürgermeisterin ausgeben und ohne Not 500.000 Euro Mindereinnahme durch die Abschaffung der Grundsteuer C herbeiführen.

Ohne all diese Fehlentscheidungen wäre ein 20 bis 25-prozentige Senkung der Grundsteuer B durchaus möglich gewesen.

Fußball-Campus

Wie soll die Stadt in Zukunft wieder zu besseren Einnahmen kommen? Bestimmt nicht, indem man Bayer als größten Arbeitgeber in der Stadt so behandelt, wie wir es in den vergangenen 100 Tagen erlebt haben.

Los ging es mit dem Wortbruch des CDU-Fraktionsvorsitzenden, der Bayer im Glauben gelassen hatte, es werde keine voreiligen Entscheidungen geben. Tatsächlich konnte man dann nicht einmal das schon vereinbarte Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertreter von Bayer abwarten, bevor der neue Stadtrat in seiner konstituierenden Sitzung das Planverfahren für den Fußballcampus komplett gestoppt hat.

Ich werfe Ihnen als neunten Punkt Ihrer haushaltspolitischen Geisterfahrt vor, dass Sie mit Ihrem Verhalten, wie es sich beim Fußball-Campus zeigt, wichtige Gewerbesteuerzahler verprellen. Wenn Bayer auf eigenen Flächen und auf eigene Kosten diesen Campus realisieren will, weil es anderswo keine geeigneten Flächen gibt, dann steht es der Stadt Monheim am Rhein nicht gut zu Gesicht, diese Planung ohne nachvollziehbare Gründe abzulehnen. Das hat nichts mit Sport und Fußball zu tun, sondern mit Wirtschaftspolitik.

Eine erste Konsequenz zeichnet sich schon ab: Aus Bayer-Kreisen hört man immer lauter die Frage, ob die in Frankfurt aufgelöste Abteilung, die nach Monheim am Rhein umziehen soll, tatsächlich noch zu uns an die Alfred-Nobel-Straße kommen wird. Ich könnte es verstehen, denn Unternehmen brauchen Planbarkeit und Verlässlichkeit für Ihre Standortentscheidungen. Mit Ihrem Verhalten rund um den Fußballcampus schaffen Sie derzeit genau das Gegenteil. Damit schaden Sie der Stadt und riskieren ganz massiv, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen vermutlich nicht wieder erholen werden.

Fehlender Mut zur Wirtschaftsförderung

Dazu passt, und das ist mit zehnter und letzter Punkt, dass Sie die erfolgreiche städtische Wirtschaftsförderung gerade in Grund und Boden kürzen. Das gilt für die klassische Wirtschaftsförderung, die sich um die Ansiedlung von Unternehmen bemüht, genauso wie für das Citymanagement und seine wichtigen Aktivitäten zur Förderung der Innenstadt und des Einzelhandels, für das Tourismusteam wie für das Altstadtmanagement. In allen diesen vier Bereichen setzen Sie auf die falschen Sparmaßnahmen. Damit sägen Sie gerade den Ast ab, auf dem die Stadt wirtschaftlich sitzt.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele aus der beschlossenen Sparliste nennen.

Sie verbieten der Wirtschaftsförderung, an der MIPIM-Messe teilzunehmen und dort auch international um Investoren zu werben. Und Sie beenden die Kooperation mit dem International Business Center. Dass es der Wirtschaftsförderung unter der Leitung des früheren Bürgermeisters gelungen ist, mit UPS, Elanco und OQ Chemicals gerade international tätige Unternehmen vor Ort anzusiedeln, scheint nicht bekannt zu sein.

Sie streichen maßgebliche Anteile der Innenstadtwerbung und der Handelsaktivitäten in den städtischen Veranstaltungen. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt seit 2018 bis zur Fertigstellung des gerade startenden dritten Bauabschnitts von Monheim Mitte rund 500 Mio. Euro in die Modernisierung und den Ausbau der Innenstadt investiert hat und die städtische Monheim-Mitte-Gesellschaft zur Refinanzierung dieser Investition auf die Mieteinnahmen der neugestalteten Ladenflächen angewiesen ist, sparen Sie auch hier eindeutig am falschen Ende.

Fazit

Ich fasse zusammen: Statt zu sparen, wie Sie es von sich selbst behaupten, belasten Sie die Stadtkasse mit unnötigen Sonderabschreibungen, Personalaufstockungen für die Bürgermeisterin und der Abschaffung der Grundsteuer C. Allein durch die gerannten Abschreibungen wird ein Schaden in Höhe von voraussichtlich 5,5 Mio. Euro entstehen. Das ist im aktuellen Haushaltsjahr mehr Geld, als Sie sich auf Ihrer gesamten Sparliste zusammengeschrieben haben. Die zusätzlichen Ausgaben für das Personal und die Abschaffung der Grundsteuer C belasten den Haushalt ebenfalls.

Wenn das verbleibende Eigenkapital sich im Haushaltssicherungskonzept 2026 nominell besser darstellt als im Haushaltssicherungskonzept 2025, wie es von der absoluten PETO-Mehrheit beschlossen worden war, dann liegt das allein an den Effekten, die der frühere Bürgermeister in seiner letzten Ratssitzung im Oktober noch in den Haushalt eingebracht hat. Insbesondere die bundesweite Reform der Unternehmenssteuer und auch die Ansiedlung zusätzlicher Unternehmen verbessern erfreulicherweise die Einnahmesituation der Stadt.

Zu diesen Effekten haben weder die neue Bürgermeisterin noch ihr Parteienbündnis etwas beigetragen. Verglichen mit der im Oktober von Daniel Zimmermann

eingebrachten Haushaltsplanung verschlechtert sich die Eigenkapitalsituation. Wir lassen uns von Ihnen keinen Sand in die Augen streuen und wir werden auch nicht müde, Sie immer wieder auf Ihre Fehler aufmerksam zu machen. „Monheim kann es besser“, plakatierte die CDU bei der Kommunalwahl. Ich sage: Monheim konnte es in der Vergangenheit besser, als Sie es jetzt machen. Und ja, Monheim kann es auch wieder besser, aber wohl erst wenn diese Wahlperiode in ein paar Jahren vorüber ist.